



# Vom „einnahmenseitigen Sparen“

**BUDGETSANIERUNG.** Die Regierung vergibt eine weitere Chance, gescheite Strukturreformen durchzuziehen.

Das Jahr ist noch jung – und es hat schon sein Unwort: „einnahmenseitiges Sparen“. Laut einer (im Wording von der ÖRF-„ZIB“ gleich freudig übernommenen) ÖVP-Parteiaussendung werden nämlich die zur Sanierung des Staatshaushalts notwendigen „Einsparungen zu 60 Prozent ausgabenseitig und zu 40 Prozent einnahmenseitig erfolgen“. Da zahlt man die erhöhten Steuern gleich freudiger, wenn der Staat damit nicht seine Bürger schert, sondern nur „einnahmenseitig spart“.

Es war ja auch die Ölschockrezession der Siebzigerjahre gleich viel leichter zu ertragen, weil es eben keine Rezession, sondern nur ein „Minuswachstum“ gab. Der damalige Finanzminister Hannes Androsch, aus dessen Umfeld diese revolutionäre euphe-

mistische Wortschöpfung stammt, hat sich vor Kurzem übrigens öffentlich gewundert, dass die Schweiz trotz Rezession mit 30 Prozent Abgabenquote (exklusive Sozialversicherung) auskommt, Österreich mit 42 Prozent aber nicht.

Die Herren Faymann und Pröll hätten über diese Androsch-Worte vielleicht einmal nachdenken (und sie eventuell kurz diskutieren) können. Dann wäre beim jetzigen Sparpaket unter Umständen ein strukturverbesserndes Sparpaket herausgekommen. Und nicht eine vergleichsweise fantasielose Schröpfung, wie sie jetzt offenbar geplant ist.

Es kann durchaus sein, dass die Krise (die weltweit zu einem historisch einmaligen Schuldentransfer vom Privat- in den Staats-



Die Bilanz

VON JOSEF URSCHITZ

bereich geführt hat) ohne zusätzliches „einnahmenseitiges Sparen“ nicht bewältigbar ist. Man könnte also zeitlich begrenzte höhere Steuern durchaus diskutieren. Und gleichzeitig die Gunst der Stunde nutzen, unter der Knute der Finanznot seit Jahrzehnten aufgeschobene Strukturreformen anzugehen. Da lägen genug Milliarden herum, die das „einnahmenseitige Sparen“ sehr bald überflüssig machen könnten. Ge-

nau darüber wurde aber bisher – wie schon seit Jahrzehnten – nur nebulos gesprochen.

Falls die Fantasie für konkrete Projekte fehlt, kann hier mit ein paar von hunderten Möglichkeiten ausgeholfen werden:

► **Pensionen.** Einige Bundesländer, darunter Kärnten und Wien, haben die bisherigen, ohnehin zaghaften Beamtenpensionsreformen noch nicht umgesetzt. Da ist viel zu holen. Wenngleich das politisch natürlich schwieriger ist, als auf der ASVG-Hacklerregelung herumzuhacken, die ohnehin in drei Jahren ausläuft.

► **Infrastruktur.** Man könnte die milliarden-teuren Infrastrukturprojekte einmal verkehrspolitisch evaluieren, statt nur dort zu bauen, wo Landesfürsten und Bauwirtschaft gerade Lust haben. Das würde wahrscheinlich dazu führen, dass Projekte wie Koralm- und Brennerbasistunnel, deren Priorität in den ÖBB selbst – höflich formuliert – ein bisschen umstritten ist, zumindest aufgeschoben würden. Allein das brächte für die nächsten Jahre mehr als das angedachte „einnahmenseitige Sparvolumen“ – und machte zusätzlich Ressourcen für einen wirklich zielgerichteten Infrastrukturausbau frei.

► **Gesundheit.** Dutzende Studien belegen, dass im Gesundheitssystem durch die Beseitigung von Ineffizienzen und landesfürstlichen Tölpelheiten (wie etwa dem kürzlich bekannt gewordenen gleichzeitigen Ausbau von zwei zwölf Kilometer voneinander entfernten Schwerpunktkrankenhäusern) Milliarden zu holen wären. Ohne das Leistungsangebot zu verschlechtern.

► **Föderalismus.** Verwaltungsparallelstrukturen, wohin man blickt. Neun Bauordnungen, die dazu führen, dass etwa Fertighäuser teurer als anderswo sind und dass in einer Wiener Straße, in der die Landesgrenze durch die Häuserzeile geht, an der Vorderseite andere Bestimmungen für die Stiegegeländer gelten als an der Rückseite. Dummheiten aus einer Zeit des Landesfürstentums, die sich dieses Land eigentlich nicht mehr leisten sollte.

Mit diesem kleinen Ausschnitt haben wir schon Sparpotenziale aufgezählt, die mittelfristig locker zwei „einnahmenseitige“ Sparaktionen überflüssig machten.

Wie meinen? Da müsste ja beispielsweise der Bundeskanzler – was ihm innerparteilich nicht zu empfehlen wäre – seinen Ex-chef im Wiener Rathaus „razn“ und der Vizekanzler seinen Onkel in St. Pölten noch mehr zur Weißglut treiben? Und der Herr Dörfner, der lebende Beweis dafür, dass man es als Vollzeithumorist bis zum Vorsitzenden der Landeshauptleutekonferenz bringen kann, würde auch grantig werden?

Na gut, dann sparen wir halt „einnahmenseitig“. Es gibt ja noch ein paar „Reiche“ in dem Land, die mehr verdienen, als sie sich per Sozialtransfers zurückholen können. Man hat also noch Spielraum. Und um die Strukturreformen soll sich die nächste Regierung kümmern.

Ein ausländischer Diplomat hat in einem Gespräch mit dieser Zeitung einmal versichert, er habe das österreichische System jahrelang aufmerksam studiert und wisse, dass das Land trotz dieses Systems zu den wohlhabendsten der Welt gehöre. Er wisse allerdings beim besten Willen nicht, warum das so ist. Langsam wissen wir das auch nicht mehr.



joesf.urschitz@diepresse.com